

Pressemitteilung

Die Arbeit wird für die SPD nicht einfacher Fraktionsvorsitzender Wolfgang Frister zeigte Initiativen in der Kommunalpolitik auf

Jammern helfe nicht, man müsse nach vorne blicken. Dennoch sei es notwendig, aufgrund des "ernüchternden" Wahlergebnisses im Frühjahr einen Rückblick zu wagen auf das, was die SPD in Lorsch angestoßen habe, meinte der neue sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Wolfgang Frister bei der Jahreshauptversammlung der Lorsch SPD. Man könne sich den Vorwurf nicht gefallen lassen, der Politikern auf Landes- und Bundesebene gemacht werde: "Die machen sowieso, was sie wollen". Eine solche Einstellung sei der Tod jeder Demokratie, meinte ein Mitglied in der Diskussion. Die Lorsch SPD habe immer nur Politik für Lorsch gemacht und wolle nicht mit den Politikern "da oben" in einen Topf geworfen werden.

Das werde sich auch in den kommenden Jahren nicht ändern, versicherte Wolfgang Frister. Er zählte den Mitgliedern einige Punkte sozialdemokratischer Stadtpolitik des vergangenen Jahres auf. Dabei nannte er die Bedenken, die die SPD gegen eine Wohnbebauung auf dem 3K-Gelände vorgebracht habe. Die neueste Rechtsprechung sei so deutlich, dass es den Tod des Sportzentrums Ehlried bedeuten könne, wenn man da nicht aufpasse. Auch die Vereinsfeiern auf dem Freizeitgelände Sachsenbuckel seien in Gefahr. Angeregt worden von der SPD sei auch, sich der Ausbildungsplatzinitiative PFAU anzuschließen, gemeinsam mit der Werner-von-Siemens-Schule, um für Lorsch Schüler zusätzliche Möglichkeiten für einen Ausbildungsplatz zu finden. Leider habe es über ein Jahr gedauert, bis jetzt langsam etwas anlaufe. Abgelehnt worden sei jetzt ein Eilantrag der Fraktion, mit einer parteiübergreifenden Resolution den Kreistag aufzufordern, gegen die Einführung von Schülerbeförderungskosten zu stimmen.

Beim Ausbau der Friedenstraße sehe die SPD das Problem der Finanzierung. Der Abschnitt Ost sei Landesstraße und nicht von den Anliegern zu bezahlen, der Abschnitt West sei Stadtstraße und daher nach gültiger Satzung von den Anliegern zu bezahlen. Es werde einen Balanceakt erfordern, allen Anliegern gerecht zu werden. Der Entwicklung des Industriegebietes Daubhart sehe die SPD jetzt ein wenig ruhig entgegen, nachdem sich dort ein erster größerer Betrieb angesiedelt habe. Skeptischer sei man aber wegen der Entwicklung der Innenstadt, da die Tendenz zu Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese unverändert anhalte. Auch im Daubhart

../2

wolle sich ein Markt ansiedeln. Es sei Aufgabe der Kommunalpolitik, dafür zu sorgen, dass die Innenstadt nicht verödet. Positiv bewertete Wolfgang Frister die Entscheidungen, bei Strom und Gas nicht zum GGEW Bensheim gewechselt zu sein und beim Abfall nicht zum Zweckverband des Kreises. Da habe es noch zu viele unbeantwortete Fragen gegeben und es sei zu befürchten, dass ein Wechsel die Bürger teurer komme als der jetzige Zustand. Erfreut zeigten sich die Sozialdemokraten, dass der ausgelichtete Wald am Rande des Geländes zur Erweiterung des Parkplatzes der Raststätte Ost verdichtet worden sei. Werner Groß hatte darüber berichtet.